

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 83 (1996)
Heft: 11: New Public Management in der Schule

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

Mehr Männer als Frauen lehren an Mittelschulen

An den Aargauer Mittelschulen haben im vergangenen Jahr deutlich mehr Lehrer als Lehrerinnen unterrichtet. Gemäss der Lehrkräftestatistik waren 1995 70,6 Prozent der an Mittelschulen unterrichtenden Lehrkräfte männlichen Geschlechts.

Dabei ist die Verteilung der Geschlechter je nach Schulort sehr unterschiedlich: Bei der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene war der Frauenanteil im Lehrkörper mit 43,4 Prozent am höchsten. Auch die Neue Kantonsschule Aarau und die Mittelschule in Wettingen wiesen mit 34,4 Prozent resp. 40,2 Prozent überdurchschnittlich hohe Lehrerinnenanteile auf. Die tiefste Frauenquote wurde an der Kantonsschule Zofingen registriert: Dort war nur gerade jede fünfte Lehrkraft weiblichen Geschlechts.

«AT», 6.9.96

Bern

Das Buhlen um die Neunklässler geht wieder los

Die Stimmung ist gereizt: Die Streitereien zwischen Gymnasiallehrkräften und der Sekundarlehrerschaft rund um den gymnasialen Unterricht im 9. Schuljahr gehen bis Anfang letzten Jahre zurück. Damals verteidigten beide Lehrergruppen ihre Positionen im Hinblick auf die Beratung des neuen Maturitätsgesetzes. Jetzt – nachdem zwischenzeitlich Ruhe eingekehrt ist – droht der Zwist erneut auszubrechen. Auslöser ist die im Mai überwiesene Motion des ehemaligen SP-Grossrates Heinrich Schütz (Lützelflüh). Statt die in die gymnasiale Ausbildung neu eingefügten Schwerpunktfächer wie vorgesehen im 9. Schuljahr anzusiedeln, werden sie ab 1997 erst an Maturitätsschulen (im 10. Schuljahr) angeboten.

Die vom Grossen Rat abgesegnete Änderung hat die Gymnasiallehrkräfte dermassen erzürnt, dass sie «mit Hilfe einer Initiative klare und befriedigende Verhältnisse im gymnasialen Bereich schaffen wollen».

«BZ», 29.8.96

«Provisorische» Sekundarlehrer: Keine Garantie

Provisorisch gewählte Sekundarlehrkräfte, die mit dem 6/3-Schulmodell an Primarschulen versetzt wurden, geniessen – anders als die definitiv gewählten – keine Besitzstandsgarantie. So entschied das Verwaltungsgericht.

Drei Sekundarlehrkräfte aus Biel und Umgebung waren per 1. August 1994 Primar- oder Realklassen zugeteilt worden. Anders als den definitiv gewählten Sekundarlehrkräften, welche «degradiert» worden waren, sicherte ihnen das kantonale Amt für Finanzen und Administration keine Lohngarantie zu. Da sie sich gegenüber den definitiv Gewählten und den für Teilpensen definitiv Gewählten, die auch in den Genuss der Besitzstandsgarantie kamen, ungleich behandelt fühlten, beschwerten sie sich bei der Erziehungsdirektion. Ohne Erfolg.

«BZ», 31.8.96

Schaffhausen

Lehrer sollen beurteilt werden

Im Kanton Schaffhausen müssen sich auch die Lehrkräfte einer Leistungsbeurteilung unterziehen. Eine Ergänzung des Personalgesetzes hat der Grossen Rat in erster Lesung beschlossen.

Im Kanton Schaffhausen sind die Lehrerinnen und Lehrer zurzeit noch die einzigen Staatsangestellten, die den automatischen Stufenanstieg ohne Leistungsbeurteilung erhalten. Dies soll sich bald ändern. Im zweiten Anlauf hat die Spezialkommission des Grossen Rates dem Parlament nun eine bescheidene Lösung mit einem einfachen Beurteilungssystem für die Lehrkräfte unterbreitet, die jetzt in erster Lesung im Personalgesetz verankert worden ist.

Auf eine Lehrerbeurteilung durch Fachkräfte musste aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Als Alternative blieb eine Qualifikation der Lehrkräfte einmal pro Amtsperiode durch die Schulbehörden der Gemeinde beziehungsweise des Schulkreises. Die Spezialkommission beantragte dem Parlament allerdings, die Schulbehörden müssten bei dieser Aufgabe durch pädagogische Fachleute des Kantons unterstützt werden.

«BaZ», 21.8.96

Kanton Zug kürzt Dauer der Gymnasialausbildung

Im Kanton Zug wird die Dauer der gymnasialen Ausbildung von sieben auf sechs Jahre gekürzt. Diesen Entscheid fällte der Zuger Kantonsrat mit 61 zu 14 Stimmen. Damit zusammen hängt eine Teilrevision der Schulgesetzgebung. Das Eintreten war unbestritten. Bei der Teilrevision geht es in erster Linie um den Vollzug des schweizerischen Reglements über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR). Im Rat wurde aber insbesondere über Für und Wider der verkürzten Ausbildungsdauer diskutiert. Nachdem die vorberatende und die Staatswirtschafts-Kommission wie auch die Fraktion sich mehrheitlich für die Reduktion auf sechs Jahre aussprachen, war die Ausgangslage für die Abstimmung klar.

«sda», 29.8.96

Zürich**Zukunft der Informatik an der Volksschule**

Ende 1996 werden sämtliche Lehrerinnen und Lehrer der Oberstufe durch den Besuch von Kursen die Qualifikation zum Unterrichten von Informatik erlangt haben. Seit 1991 ist Informatik im Lehrplan für die Oberstufe als fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand aufgeführt. Ein eigentliches Fach Informatik enthält die Stundentafel nicht. Computer werden in den Schulen in den verschiedensten Fächern eingesetzt. Anhand von praktischen Arbeiten lernen die Schülerinnen und Schüler alltägliche Anwendungen kennen. Gesellschaftliche Aspekte, beispielsweise Fragen zum Datenschutz, bilden ein zentrales Anliegen im Unterricht.

Pressemitteilung

Vier neue Privatschulen

Immer mehr Privatschulen bieten sich im Kanton Zürich als Alternative zur Volksschule an. Zu Beginn des neuen Schuljahrs werden es gerade 60 sein. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an Privatschulen bleibt jedoch relativ stabil bei knapp fünf Prozent aller Schülerinnen und Schüler auf Volksschulstufe.

«BT», 26.7.96

Schlaglicht**Föderalistischer Standortegoismus**

Die Planung schweizerischer Fachhochschulen erfolge blind und unkoordiniert. Das kritisiert der Fachhochschulrat in einem bisher noch unveröffentlichten Zwischenbericht und fordert einen Konzentrationsprozess. Überkapazitäten zeichnen sich insbesondere bei den Ingenieuren, Architekten und Gestaltern ab (aus: «Der Zürcher Oberländer», 11.9.1996).

Lange hat es gedauert, bis es auch offiziell zur Kenntnis genommen wurde: Während die Zahl der Lehrlinge in den technischen Berufen und den Ingenieurschulen abnimmt, besteht bei den «Höheren Schulen» geradezu ein Run auf das Prädikat «Fachhochschule». Schliesslich will man nicht hintanstehen, wenn die Nachbarschule im Status angehoben wird und plötzlich «Gstudiert» produziert.

Entscheidend ist dagegen, was der Fachhochschulrat verlangt: funktionsfähige Führungsstrukturen und tragfähige Einheiten. Zu empfehlen ist gegenüber dem föderalistischen Standortegoismus jedenfalls dringend eine regionale Koordination und genügend Kapazitäten, um Hochschulansprüchen zu genügen. Es darf nicht sein, dass z. B. eine HWV einfach als FH weitergeführt wird, ohne dass sich dies auch im Lehrplan und im Tätigkeitsfeld klar niederschlägt. Sonst bleibt der ganze Wandel in den Bildungsstrukturen ein blösser Etikettenschwindel und wir erhalten zwergwüchsige Bonsai-Fachhochschulen, die langfristig kaum überlebensfähig sind.